



SPD

*DAS WIR
ENTSCHEIDET.*

ARGUMENTATIONS- KARTEN II

-
- 12** GUTE PFLEGE
 - 13** SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIE
 - 14** GUTE VERBRAUCHERPOLITIK
 - 15** INNERE SICHERHEIT
 - 16** MODERNE INTEGRATIONSPOLITIK
 - 17** KULTUR
 - 18** EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK
 - 19** MEHR DEMOKRATIE
 - 20** DIE EINHEIT VOLLENDEN
 - 21** NETZPOLITIK
 - 22** EUROPA
 - 23** INTERNATIONALES

Das erste Argumentationskarten-Set (Art.-Nr.: 470 05 07), bestellbar über den SPD-Shop umfasst folgende Themen: Das WIR entscheidet., Der Wert der Arbeit, Aufstieg durch Bildung, Moderne Familienpolitik, Die Rente zum Leben, Moderne Wirtschaft, Gerechte Steuern, Gegen Steuerbetrug, Gut für Frauen und Männer, Die Bürgerversicherung, Bezahlbares Wohnen, Umwelt

GUTE PFLEGE

WIR WOLLEN SELBSTBESTIMMUNG UND TEILHABE BIS INS HOHE ALTER ERMÖGLICHEN. DESHALB VERBESSERN WIR DIE PFLEGE UND UNTERSTÜTZEN PFLEGENDE ANGEHÖRIGE. PFLEGE MUSS BEZAHLBAR SEIN UND BESSER BEZAHLT WERDEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ **Bessere Pflege:** Passgenaue Leistungen und Unterstützung im Alltag, damit mehr Pflegebedürftige länger zu Hause alt werden können.
- ▶ **Angehörige unterstützen:** Durch eine bezahlte Pflegezeit mit Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr. Sowie bessere Beratung und Unterstützung vor Ort.
- ▶ **Gute Arbeit in Gesundheit und Pflege.** Wir sorgen für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung.

MANCHE BEHAUPTEN...

... gute Pflege kann die Gesellschaft nicht mehr bezahlen, darum solle sich jeder allein kümmern. **Das ist falsch!** Nur ein solidarisches System garantiert gute Pflege für alle, die sie brauchen. Nur die Pflege-Bürgerversicherung garantiert gute und bezahlbare Pflege für alle und schafft Arbeitsplätze.

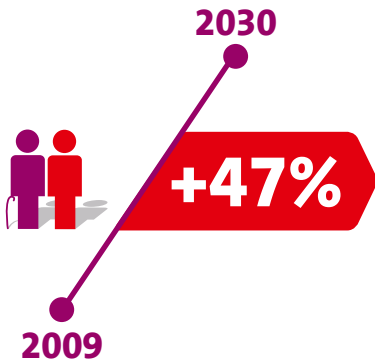
KONKRET HEIßT DAS...

... wir werden mit der Bürgerversicherung 5-6 Mrd. Euro im Jahr mehr in die Pflege investieren. Damit schaffen wir **125.000 neue, gut bezahlte Stellen**. Das bringt mehr Zeit für Zuwendung und entlastet Angehörige.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Mit einer Bürgerversicherung machen wir die Finanzierung der Pflegeversicherung gerechter und verlässlicher.
- ▶ Eine Zwei-Klassen-Pflege, wie die Merkel-Regierung sie mit der privaten Zusatzpflege „Pflege-Bahr“ will, lehnen wir ab. Hier wird mit Steuergeldern eine Mogelpackung gefördert, an der nur die Versicherungskonzerne verdienen.
- ▶ Pflege ist mehr als Pflegeversicherung: Wir wollen daher in Prävention, altersgerechtes Wohnen und haushaltsnahe Dienstleistungen investieren. Damit die Menschen länger zu Hause leben können.

PFLEGEBEDARF WIRD ANSTEIGEN



So viel Personal wird
2030 im Pflegebereich
fehlen. Z.B. in:

Hessen
-33.621

Sachsen
-30.429

Quelle: www.bertelsmann-stiftung.de

DIE WELT SCHAUT AUF DEUTSCHLAND: SCHAFFEN WIR DIE ENERGIEWENDE? EINE ERFOLGREICHE ENERGIEWENDE IST EINE RIESIGE CHANCE. GELINGT UNS DIESE TECHNOLOGISCHE UND ÖKONOMISCHE HERAUSFORDERUNG, WERDEN WIR KNOW-HOW UND TECHNOLOGIE IN ALLE WELT VERKAUFEN KÖNNEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ **Senkung der Stromsteuer:** Denn die Energiewende muss bezahlbar bleiben für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte.
- ▶ **Ausbau der Erneuerbaren Energien:** bis 2030 sollen 75 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden.
- ▶ **Investitions- und Versorgungssicherheit:** Durch den Aufbau eines **Energiewende-Managements**, das ein koordiniertes Vorgehen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und des Netzes ermöglicht.

MANCHE BEHAUPTEN...

... wir können uns die Energiewende nicht leisten. **Das ist falsch!** Wir können uns ein Versagen bei der Energiewende nicht leisten! Erneuerbare Energien machen heute ein Viertel des erzeugten Stromes aus. Sie sind damit zweitwichtigste Stromquelle und Arbeitgeber für 400.000 Menschen. Das wollen wir weiter ausbauen.

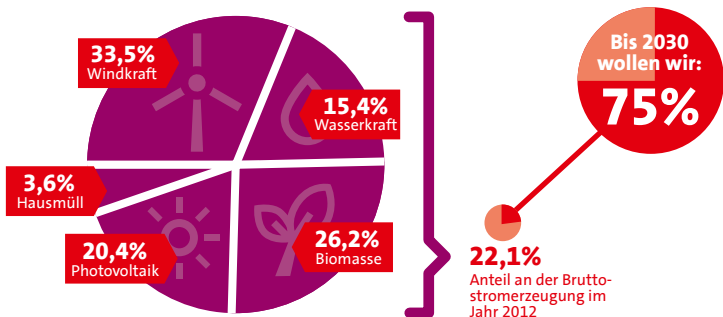
KONKRET HEIßT DAS...

... wir werden die Stromsteuer um 25 Prozent senken, und **entlasten Verbraucher und Unternehmen** dadurch sofort um 1,6 Milliarden Euro. Denn Energie muss bezahlbar bleiben.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Wir werden ein „**Masterplan Energiewende**“ aufstellen und jährlich fortentwickeln.
- ▶ Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren besser mit dem Ausbau des Netzes synchronisieren.
- ▶ Strompreissenkende Privilegien werden wir stärker als bisher an Effizienzmaßnahmen knüpfen. Verbindliche Energieaudits und Energiemanagementsysteme müssen die Voraussetzung für eine Reduzierung der EEG-Umlage sein.
- ▶ Wir werden die Mittel für das **CO2-Gebäudesanierungsprogramm** der KfW aufstocken.
- ▶ Wir werden die Nah- und Fernwärmeinfrastruktur ausbauen und Kraft-Wärme-Kopplung stärker nutzen. So können die Überschüsse der Erneuerbaren zur Wärmeengewinnung genutzt werden. Das trägt auch zur Systemstabilisierung bei.

MEHR REGENERATIVE ENERGIEN



Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 2013

GUTE VERBRAUCHERPOLITIK

SCHLUSS MIT SEITENLANGEN ALLGEMEINEN GESCHÄFTS-BEDINGUNGEN UND KLEINGEDRUCKTEN ANLAGEN, DIE KEIN MENSCH VERSTEHT! DER „GESUNDE MENSCHEN-VERSTAND“ MUSS GENÜGEN, UM ENTSCHEIDUNGEN TREFFEN ZU KÖNNEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ **Markttransparenz:** Klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten, sowie verständliche, schnell vergleichbare Informationen wie die Ampelkennzeichnung bei Lebensmitteln.
- ▶ Aussagekräftige und **klare Informationen** bei Finanz- und Versicherungsprodukten.
- ▶ **Marktwächter etablieren**, die den Verbraucherschutz stärken. Diese beobachten den Markt, spüren unlautere Praktiken auf, erfassen Hinweise systematisch und geben Missstände an die Aufsicht weiter.

MANCHE BEHAUPTEN...

... Verbraucher können sich über alles informieren. **Das ist falsch!** Kein Mensch kann alles Kleingedruckte erfassen. Anbieter müssen zu einer klaren, leicht verständlichen Darstellung von Informationen verpflichtet werden.

KONKRET HEIßT DAS...

... der Verlust durch eine nicht bedarfsgerechte Beratung bei Finanzprodukten beläuft sich auf 20 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr. Nur eine **strengere Finanzaufsicht** und unabhängige Honorarberater können Verbraucher vor finanziellen Verlusten schützen.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Wir werden **Gebühren am Bankautomaten** auf maximal zwei Euro deckeln.
- ▶ Banken zu einem sicheren Onlinebanking ohne Mehrkosten verpflichten.
- ▶ **Angemessene Dispozinsen** in Höhe von maximal 8 Prozent über dem Basiszinssatz gesetzlich sicherstellen.
- ▶ Einen **Hinweisgeberschutz** einführen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Informationen an die Behörden weiterleiten, vor Kündigung und anderen Nachteilen schützt.
- ▶ Eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden. Denn die **Grüne Gentechnik** darf den Menschen nicht aufgezwungen werden. Nur mit der Kennzeichnungspflicht haben Verbraucherinnen und Verbraucher die Wahl.

MARKTWÄCHTER SCHÜTZEN VERBRAUCHER



92%

fordern, dass unabhängige Institutionen die Märkte stärker überwachen müssen.

Quelle: Verbraucherzentrale

INNERE SICHERHEIT

FÜR FREIHEIT IN SICHERHEIT: NUR WER NICHT FÜRCHTEN MUSS, OPFER VON GEWALT, KRIMINALITÄT ODER TERROR ZU WERDEN, KANN IN FREIHEIT LEBEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Eine **Sicherheitspolitik mit Augenmaß**: Dazu braucht es professionelle und gut geschulte Polizistinnen und Polizisten, die vor Ort präsent sind. Eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab.
- ▶ Die Ursachen von Kriminalität und Gewalt bekämpfen: Mit gezielter Bildungs- und Jugendarbeit sowie durch eine Verbesserung der Ausbildungs- und Jobperspektiven.
- ▶ Wir werden Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen. Dazu gehört eine gesicherte **Frauenhausfinanzierung** und Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen rechtlich zu gewährleisten.

MANCHE BEHAUPTEN...

... Sicherheit entsteht einzig durch Überwachung und härtere Gesetze. **Das ist falsch!** Sicherheit braucht auch wehrhafte Demokraten, Aufklärung und Engagement.

KONKRET HEIßT DAS...

... Projekte gegen Rechtsextremismus **müssen um jede finanzielle Hilfe kämpfen**. Das zuständige Bundesministerium fördert ihr zivilgesellschaftliches Engagement nur mit 50 Prozent, die andere Hälfte müssen sie selbst aufbringen. Projekte gegen „Linksextremismus“ hingegen erhalten 90 Prozent der benötigten Mittel vom Staat.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ **Rechtsextremismus bekämpfen:** Gewaltbereite Nazis sollen nicht länger mit Steuergeldern gefördert werden. Die NPD muss verboten werden. Sie ist in aggressiver Form rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich.
- ▶ Wir werden die sogenannte „**Extremismusklausel**“ **abschaffen**. Sie schikaniert zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rechtsextremismus.
- ▶ Aus dem Ermittlungsversagen im Fall der NSU ziehen wir Konsequenzen: Den **Einsatz von V-Leuten** wollen wir **klar gesetzlich regeln**. Die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden untereinander muss neu organisiert und aufeinander abgestimmt werden.

RECHTSEXTREMISMUS IST KEIN RANDPHÄNOMEN



Quelle: Die Zeit

DEUTSCHLAND IST EIN EINWANDERUNGSLAND, DAS VON SEINER VIELFALT, DEM ENGAGEMENT UND DEN IDEEN DER MENSCHEN GANZ UNTERSCHIEDLICHER HERKUNFT LEBT. WIR SETZEN UNS FÜR EIN GLEICHBERECHTIGTES GESELLSCHAFTLICHES MITEINANDER IN VIELFALT EIN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Die **Optionspflicht**, die junge Menschen mit der Volljährigkeit zwingt, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, **schaffen wir ab**.
- ▶ Auch Nicht-EU-Bürger erhalten das kommunale Wahlrecht.
- ▶ Den **Familiennachzug** werden wir erleichtern.
- ▶ **Ausländische Studierende**, die in Deutschland einen Abschluss erwerben, sollen ohne Einschränkungen in Deutschland arbeiten können.

MANCHE BEHAUPTEN...

... dass Einwanderinnen und Einwanderer sich nicht integrieren wollen.

Das ist falsch! Die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sind überfüllt. Weit über eine Millionen Menschen haben hier seit 2005 Deutsch gelernt und sich in „Orientierungskursen“ mit Land und Leuten vertraut gemacht.

KONKRET HEIßT DAS...

... wer Integration will, muss die finanziellen Mittel dafür bereit stellen. Die **massiven Kürzungen** der Merkel-Regierung beim Programm „Soziale Stadt“, vor allem die komplette Streichung der Maßnahmen, z.B. Spracherwerb oder Betreuung von Jugendlichen und die jüngsten Kürzungen von 15 Millionen für Integrationskurse behindern Integration ganz konkret.

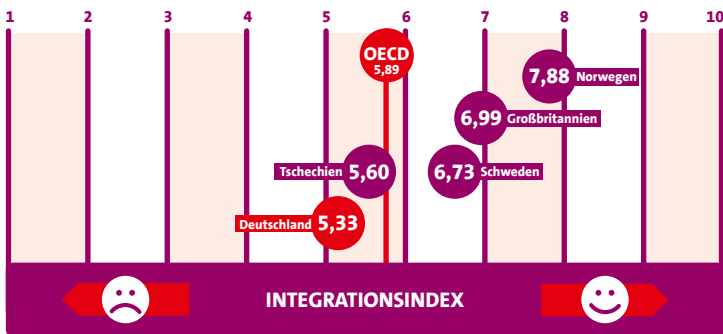
MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Wir wollen eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik, die auf der einen Seite **Fluchtursachen bekämpft** und Perspektiven in den Herkunftsländern eröffnet. Auf der anderen Seite aber Menschen, die dennoch fliehen müssen, Schutz gewährt.
- ▶ Experten attestieren Deutschland 2013 ein massives Imageproblem bei Zuwanderern.

Deutschland muss attraktiver werden: Denn langfristig sind wir auf 400.000 Fachkräfte jährlich aus anderen Ländern angewiesen, um unseren ökonomischen Standard zu halten.

Dazu wollen wir auch die **Potenziale aller in Deutschland lebenden Menschen besser nutzen.**

ANDEREN LÄNDERN GELINGT INTEGRATION



Quelle: SPD-Bundestagsfraktion „Deutschland 2020“

KULTUR

KUNST UND KULTUR BEREICHERN UNS ALLE. IHRE FÖRDERUNG IST KEINE SUBVENTION, SONDERN INVESTITION. WIR MÜSSEN DIE RAHMENBEDINGUNGEN SO GESTALTEN, DASS KULTURSCHAFFENDE UND KREATIVE VON IHRER ARBEIT LEBEN KÖNNEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Ein **Urheberrecht**, das die Rechte der Künstler und Kreativen in der digitalen Welt stärkt und einen fairen und solidarischen Interessenausgleich zwischen Urhebern, Rechteinhabern, Produzenten, Verwertern und Nutzern ermöglicht.
- ▶ Eine bessere soziale Absicherung von Künstlern, z.B. durch die Stärkung der **Künstlersozialkasse**.

MANCHE BEHAUPTEN...

... die Kommunen könnten sich Kultur nicht mehr leisten. **Das ist falsch!** Die Sanierung der Haushalte kann nicht über den Kulturetat erfolgen, der lediglich ca. 1 Prozent der Gesamtausgaben ausmacht. Es kommt vielmehr darauf an, die Einnahmen der Kommunen so zu verbessern, dass Kultur als öffentliches Gut erhalten bleibt.

KONKRET HEIßT DAS...

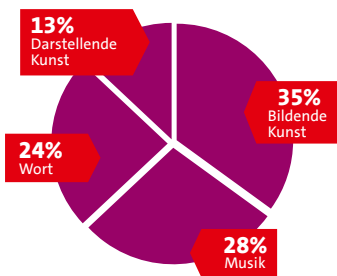
... wir stehen für die Förderung der breiten kulturellen Vielfalt „von unten“, wie bei der Initiative: **„Jedem Kind ein Instrument“**. Diese Form der Kulturförderung ist erfolgreicher, als die Fixierung auf Events, Festivals und Prestigeprojekte.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Kunst und Kultur sollen **allen Menschen zugänglich** sein. Wir fördern mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen.
- ▶ Wir werden das Erfolgsmodell des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) finanziell stärken.
- ▶ Wir werden das Denkmalschutz-Sonderprogramm verstetigen.

KREATIVE UND KULTURSCHAFFENDE ABSICHERN

In der Künstlersozialversicherung sind 177.143 selbständige Künstler und Publizisten abgesichert.



jährliches Durchschnitts-
einkommen liegt bei nur

14.557 Euro

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK

JUGENDLICHE SIND KEINE KLEINEN KINDER MEHR UND NOCH KEINE ERWACHSENEN. WIR VERSTEHEN JUGENDLICHE ALS HERANWACHSENDE, DIE IHR LEBEN SELBST GESTALTEN WOLLEN UND KÖNNEN UND DAFÜR GEEIGNETE RAHMENBEDINGUNGEN UND UNTERSTÜTZUNG BRAUCHEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Gute Jugendpolitik gewährt **in jeder Lebenslage** die **optimale Unterstützung**. Sie toleriert Fehler und ermöglicht zweite und dritte Chancen.
- ▶ Eine gute Infrastruktur mit verlässlichen Angeboten gibt Jugendlichen **Raum zum Aufwachsen**. Die Jugendverbandsarbeit werden wir stärken.
- ▶ Das **Wahlalter** werden wir **auf 16 Jahre senken**.

MANCHE BEHAUPTEN...

... Jugendlichen fehlt es an Ordnung und Disziplin. **Das ist falsch!** Es wird oft ein Jugendbild transportiert, das sehr einseitig negative Extreme des Heranwachsens herausstellt und überzeichnet. Politik läuft Gefahr, dieses verzerrte Bild zum Maßstab für Entscheidungen zu machen.

KONKRET HEIßT DAS...

... wir wollen eine **Gesamtstrategie** für ein gutes Aufwachsen junger Menschen unter Einbeziehung aller relevanten Politikfelder und föderalen Ebenen entwickeln.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Wir werden die Rechte von Kinder und Jugendlichen verwirklichen und die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umsetzen.
- ▶ Den Bundesfreiwilligendienst werden wir nachbessern und bewährte Jugendfreiwilligendienste konsequent ausbauen.
- ▶ Bei der Bemessung von Bafög-Förderzeiten werden wir das gesellschaftspolitische Engagement in Vereinen und Verbänden dem hochschulpolitischen Engagement gleichstellen.

EINSTIEG IN DEN AUFSTIEG

1,5 Mio

Jugendliche haben
KEINE abgeschlossene
Berufsausbildung.

WIR WOLLEN:

200 Mio €

für die Ausbildung und
Qualifizierung

Sofortprogramm
**ZWEITE CHANCE
AUF BERUFS-
AUSBILDUNG**



Quelle: SPD-Fraktion

MEHR DEMOKRATIE

DEMOKRATIE IST MEHR ALS WÄHLEN GEHEN. WIR WOLLEN MENSCHEN, DIE AKTIV GESTALTEN UND SICH AN POLITIK BETEILIGEN. DESHALB WERDEN WIR FÜR MEHR TRANSPARENZ IN POLITIK UND VERWALTUNG SORGEN UND BÜRGERBETEILIGUNG STÄRKEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Mehr demokratische Mitbestimmung: Deshalb werden wir **Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide** auch auf Bundesebene durchsetzen.
- ▶ Mehr Transparenz: Bundestagsabgeordnete sollen ihre Einkünfte aus **Nebentätigkeiten** vollständig auf Euro und Cent offen legen. Und wir werden ein verbindliches **Lobbyregister** beim Bundestag einrichten.
- ▶ Klare Regeln: Wir werden für **Parteispenden** eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Spender im Jahr einführen.

MANCHE BEHAUPTEN...

... Beteiligung an politischen Entscheidungen blockiere staatliches Handeln. **Das ist falsch!** Zu Blockaden kommt es, wenn die Betroffenen nicht in Entscheidungen einbezogen werden und zu den Mitteln des Protests greifen müssen.

KONKRET HEIßT DAS...

... Deutschland hat als einzige parlamentarische Demokratie der Welt das UN-Abkommen gegen Korruption nicht unterzeichnet. Die Merkel-Regierung blockiert, dass die Bestechung von Abgeordneten endlich strafbar wird.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Wir wollen möglichst alle für die Öffentlichkeit **relevanten Informationen**, Statistiken und Verträge **im Internet zugänglich machen** und die Ministerien für mehr Bürgerbeteiligung öffnen.
- ▶ Wir wollen mehr Menschen an der Wahl beteiligen, indem wir das **Wahlalter auf 16 Jahre senken**. Und wir sorgen dafür, dass Menschen, die unter umfassender Betreuung stehen, das Wahlrecht nicht automatisch entzogen wird.
- ▶ Wir brauchen eine „**legislative Fußspur**“, die zeigt, welchen Einfluss externe Berater bei der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs geleistet haben.
- ▶ Wir werden einen **Verhaltenskodex einführen**, der die Genehmigung der Tätigkeit von Mitgliedern der Bundesregierung nach Ausscheiden aus dem Amt regelt und so deren Integrität und Unabhängigkeit im Amt schützt.

WASSERPETITION STOPPT EU-KOMMISSION



1,49 Mio

Erste erfolgreiche EU-Bürgerinitiative!
Petition „Wasser ist ein Menschenrecht“
stoppt die Privatisierung von Wasser.

=



Quelle: ZEIT ONLINE

DIE EINHEIT VOLLENDEN

VIELE REGIONEN HABEN DIE UMBRÜCHE ERFOLGREICH GEMEISTERT. HEUTE – 23 JAHRE NACH DER FRIEDLICHEN REVOLUTION – WOLLEN WIR DIE INNERE EINHEIT UNSERES LANDES VOLLENDEN UND DIE NOCH BESTEHENDEN UNGERECHTIGKEITEN BESEITIGEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Die SPD steht zum Solidarpakt II. Er gilt bis 2019. Diese finanzielle Unterstützung sichert den ostdeutschen Bundesländern die Möglichkeit, den wirtschaftlichen Aufholprozess zu gestalten.
- ▶ Einen einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro, der die zum Teil noch gravierenden Lohnunterschiede zwischen Ost und West schneller zu beseitigen hilft.
- ▶ Rentengerechtigkeit: Wir werden die Rentensysteme Ost und West bis 2020 angleichen.

MANCHE BEHAUPTEN...

... Ostdeutschland kann ohne Solidarpakt auskommen. **Das ist falsch!** Die ostdeutschen Bundesländer haben mit diesen Mitteln ihre Haushalte kalkuliert.

KONKRET HEIßT DAS...

... bis 2019 darf der Solidarpakt II nicht angetastet werden. Nach 2019 soll er durch eine Förderung strukturschacher Regionen (Zukunftspakt) abgelöst werden.

MEHR GUTE ARGUMENTE

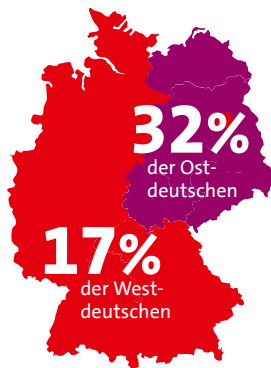
- ▶ Bei der Bewältigung des demografischen Wandels, der Ärzteversorgung im ländlichen Raum oder der drohenden Altersarmut werden wir auf den **ostdeutschen Erfahrungsschatz** zurück greifen.
- ▶ Wir wollen die **Tarifbindung stärken**, denn in Ostdeutschland arbeiten nur noch 49 Prozent der Beschäftigten in Betrieben, die an einen Branchen- oder Firmentarifvertrag gebunden sind.
- ▶ Ostdeutschland nutzt die Energiewende und ist starker Produzent regenerativer Energien. Diese Chancen gilt es zu verstärken.

GERECHTIGKEIT SCHAFFEN DURCH MINDESTLOHN

WIR WOLLEN:
Den einheitlichen Mindestlohn von 8,50 € in Ost und Westdeutschland!

AB 01.02.2014

**Das verbessert SOFORT
das Einkommen von:**



Quelle: IAQ-Report 2012

NETZPOLITIK

WIR WOLLEN DIE CHANCEN, DIE DAS NETZ BIETET, FÜR ALLE ZUGÄNGLICH MACHEN. ZUGANG ZUM INTERNET IST FÜR UNS EIN DEMOKRATISCHES BÜRGERRECHT. WIR BRAUCHEN EINEN WIRKSAMEN DATENSCHUTZ UND DEN SCHUTZ DER PERSÖNLICHKEITSRECHTE.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Die **Netzneutralität** – die grundsätzliche Gleichbehandlung von Daten – gesetzlich verankern.
- ▶ Eine **Modernisierung des Urheberrechts**, das Kreative, Urheber und ihre Partner stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt.
- ▶ Eine **flächendeckende Breitbandversorgung** auch in ländlichen Räumen gesetzlich absichern.
- ▶ Einen dynamischen Ausbau von **schnellen Netzen**. Dabei setzen wir weiter auf zusätzliche private Investitionen, für die wir die entsprechenden Rahmenbedingungen bereit stellen.

MANCHE BEHAUPTEN...

... Netzpolitik ist ein Nischenthema, das niemanden betrifft. **Das ist falsch!** Das Internet verändert unser Leben, es bereichert und erleichtert unseren Alltag. Wir werden das Netz Allen zugänglich machen.

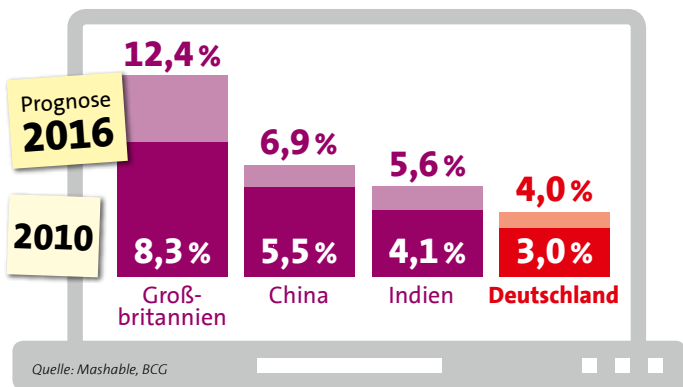
KONKRET HEIßT DAS...

... im Jahr 2011 flossen nur 475 Millionen Euro in junge Unternehmen, weniger als im Silicon Valley in nur einem Monat.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Wir werden die Rahmenbedingungen so gestalten, dass **Herstellung und Vertrieb journalistischer Produkte** auch heute **profitabel** sein können.
- ▶ Wir wollen, dass alle Menschen an der digitalen Gesellschaft teilnehmen können, deshalb werden wir die **Medienkompetenz** von Jung und Alt stärken. Jedes Kind erhält einen Laptop in der Schule.
- ▶ Wir wollen staatliches Wissen transparenter machen und dazu so genannte Open-Data-Standards etablieren.
- ▶ Wir wollen Regeln und Standards für gute digitale Arbeit etablieren. Wir wollen die Chancen des Netzes für die Arbeitswelt nutzen, aber auch die **Nicht-Erreichbarkeit als Recht** gewährleisten.

ANTEIL DES INTERNETS AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



EUROPA

EUROPA BEFINDET SICH IN EINER SCHWEREN KRISE. INS STRUDELN GERATENE BANKEN, TIEF VERSCHULDETE STAATEN UND HOHE JUGENDARBEITSLOSIGKEIT ZWINGEN EUROPA ZUM HANDELN. WIR MÜSSEN ALLE KRÄFTE BÜNDELN, UM DAS EUROPÄISCHE PROJEKT ZU RETTEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Wir werden über die Finanztransaktionssteuer die **Krisenverursacher** endlich **an den Kosten der Krise beteiligen**.
- ▶ Der europäische Markt braucht **neue Impulse** für nachhaltiges Wachstum.
- ▶ Verbindliche Steuer-Mindeststandards sichern einen fairen Wettbewerb im Binnenmarkt. Wir wollen eine **gerechte Besteuerung von Vermögen** in Europa.

MANCHE BEHAUPTEN...

... wir sollten aus dem Euro aussteigen. **Das ist falsch!** Deutschland profitiert als exportorientierte Volkswirtschaft vom europäischen Binnenmarkt. Wer die D-Mark wieder einführen will, gefährdet Millionen Arbeitsplätze.

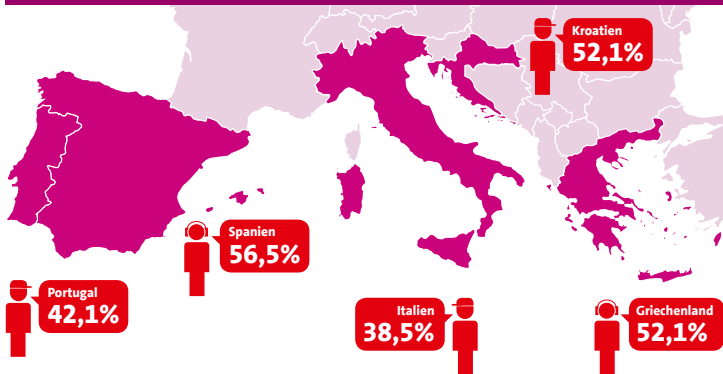
KONKRET HEIßT DAS...

... in über 11 Ländern liegt die Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent, in Griechenland und Spanien sogar über 50 Prozent. Mehr als 1.200 Milliarden Euro waren die Banken wert. Nun sollen 6 Milliarden Euro die Jugendlichen retten. **Was für eine Bilanz!** Wir fordern mindestens 21 Milliarden Euro für Sofortmaßnahmen und ein Sofortprogramm, das 500.000 Arbeitsplätze schafft.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Wir werden die europäische Demokratie stärken, vor allem das Europäische Parlament. Deshalb treten wir auch zur nächsten Europawahl mit einem gemeinsamen **Spitzenkandidaten** aller europäischen Sozialdemokraten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten an.
- ▶ Wir werden existenzsichernde **Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten** einführen, gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen.
- ▶ Wir brauchen **soziale Mindeststandards** gegen den schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Rechte und Standards.

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN EU-MITGLIEDSSTAATEN



Quelle: Eurostat

INTERNATIONALES

UNSERE WELT IST IM UMBRUCH. WIR WOLLEN DIE CHANCEN DIESES WANDELS NUTZEN UND ALLES DAFÜR TUN, DASS DIESER UMBRUCH EIN AUFBRUCH ZU MEHR FRIEDEN, DEMOKRATIE UND GERECHTIGKEIT WIRD.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Deutschland soll wieder ein **aktiver und verlässlicher Partner** in der internationalen Politik werden.
- ▶ Die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss an Substanz und Kontur gewinnt. Wir wollen die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer **handlungsfähigen Friedensmacht**.
- ▶ Wir werden die Partnerschaften Deutschlands und Europa mit anderen Staaten und Regionen in der Welt ausbauen.

MANCHE BEHAUPTEN...

... Waffen schaffen Frieden. **Das ist falsch!** Nur Abrüstung und mehr Gerechtigkeit schaffen Frieden. Die Merkel-Regierung hat den Export von Waffen und Rüstungsgütern zu einem taktischen Mittel der Außenpolitik aufgewertet. Friedenspolitik sieht anders aus.

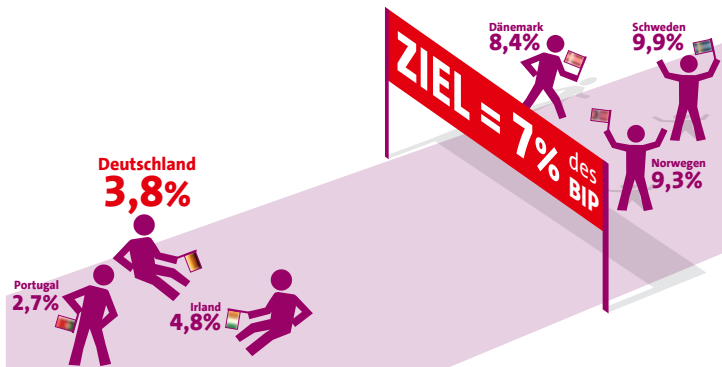
KONKRET HEIßT DAS...

... die Merkel-Regierung **vernachlässigt die Entwicklungspolitik**. Sie hat im aktuellen Haushaltsentwurf die dafür vorgesehenen Mittel um fast 14 Millionen auf das Niveau von 2011 gekürzt. Wir werden jährlich 1 Milliarde Euro zusätzlich bereitstellen und dafür die Finanztransaktionssteuer nutzen.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Sozialdemokratische Außenpolitik ist **Friedenspolitik**. Frieden und Sicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie von fairen Produktions- und Handelsbedingungen.
- ▶ Wir **lehnen Rüstungsexporte** in Krisengebiete und an Staaten, die Menschenrechte verletzen, strikt **ab**. Zudem soll ein parlamentarisches Gremien künftig Waffenexportentscheidungen kontrollieren.
- ▶ Wir wollen die Ungleichheit in den Gesellschaften überwinden und den Zugang zu Bildung und guter Arbeit fördern. Wir wollen die **Entwicklungszusammenarbeit** vor allem auf die ärmsten Entwicklungsländer und fragile Staaten **konzentrieren**.

ENTWICKLUNGS-AUSGABEN ERHÖHEN



Quelle: OECD, 2013